



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Joshua Frey, MdL, Spitalstraße 56, 79539 Lörrach

## PRESSEMITTEILUNG



**JOSHA FREY**

Sprecher für Europa und Internationales  
Sprecher für Entwicklungszusammenarbeit  
Mitglied im Wirtschaftsausschuss

### **Wahlkreisbüro**

Spitalstrasse 56  
79539 Lörrach  
Telefon (07621) 7099090  
Telefax (07621) 7099091  
Mail: [wahlkreisbuero@josh-frey.de](mailto:wahlkreisbuero@josh-frey.de)  
[www.josh-frey.de](http://www.josh-frey.de)

Lörrach, 19.5.2023

### **Staatssekretärin Ute Leidig besucht Frauenberatungsstelle in Lörrach**

**Joshua Frey: „Die Istanbul-Konvention muss bis auf die unterste Verwaltungsebene umgesetzt werden.“**

Es sind große, helle und freundliche Räume, welche Ute Leidig, Staatssekretärin im Landesministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, an diesem Tag betreten darf. Das Team der Frauenberatungsstelle kann in diesen Räumen Vertrauen schaffen für die oft schwierigen Situationen, in denen Frauen und Mädchen sind, für welche die Beratungsstelle die zentrale Anlaufstelle im Landkreis Lörrach ist.

Ute Leidig war auf Einladung ihres Grünen Landtagskollegen Joshua Frey im Landkreis Lörrach und nutzte diese Gelegenheit, die wichtige Arbeit der Frauenberatungsstelle kennenzulernen. Sie ist beeindruckt vom breiten Spektrum an Aufgaben und Themen, welches hier wahrgenommen wird. Neben der Beratung und Betreuung bei akuter sexualisierte sowie Partnerschaftsgewalt in psychischer und physischer Form an Frauen und Mädchen ab 14 Jahren begleitet das Team diese auch bei der Bewältigung der erlebten Gewalt. Mit der Einrichtung von mobilen Teams konnten seit der Corona-Pandemie auch Frauen und Mädchen vor Ort in Schönau, Efringen-Kirchen und neu auch in Weil am Rhein und Schopfheim erreicht werden.

Ute Leidig: „Ich bin froh, dass wir beim Ausbau von Beratungs- und Hilfsangeboten für Frauen und Mädchen, welche Gewalt erfahren, in Baden-Württemberg vorankommen. So konnten wir seit 2017 die Haushaltsmittel zur Prävention und Nachsorge bei Gewalt gegen Frauen versiebenfachen – auf nun jährlich fast 12 Millionen Euro.“ Mit der Verwaltungsvorschrift „Fachberatungsstelle“ sei das Land erstmals in die Finanzierung des ambulanten Hilfesystems eingestiegen. Diese Arbeit werde kontinuierlich weiterentwickelt. So werden zum Beispiel künftig die bisher in Form von Projekten geförderten „mobilen Teams“, als neuer Baustein in die entsprechende Verwaltungsvorschrift aufgenommen.

Zur Sprache kam auch, dass sich Joshua Frey in einem kleinen, aber wichtigen Detail bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention, beim Sozialministerium in den vergangenen Monaten stark gemacht hat: wenn eine betroffene Person im Falle einer Vergewaltigung oder eines sexuellen Missbrauchs eine Anzeige erstattet, ist es jetzt schon möglich Spuren in den Kliniken des Landkreises Lörrachs zu sichern. Diese werde dann an die Kriminalpolizei ausgehändigt und an forensische Labore zur Beweissicherung gerichtssicher weitergeleitet. Sollte sich eine Betroffene noch nicht zu einer Anzeige entschließen können, so ist die nächste gerichtsverwertbare Spurensicherung zurzeit nur beim Gerichtsmedizinischen Instituts an der Universität Freiburg möglich. Deshalb sei es in solchen Fällen hilfreich, sich direkt dorthin zu wenden. Das Land arbeite zwar schon an einer ortsnahe Lösung, muss aber noch entsprechende Gespräche unter anderem mit den beteiligten Kostenträgern führen.

Alle Teilnehmerinnen waren sich einig, dass die Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt ein langfristiger Prozess ist, der auf allen Ebenen konsequent vorangebracht

werden muss. Ein wichtiger nächster Schritt auf diesem Weg sei die Klärung des Rechtsanspruchs auf Schutz und Beratung bei häuslicher Gewalt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend arbeite aktuell an einer Änderung der bundesgesetzlichen Vorgaben und damit auch an einer umfassenden und bundeseinheitlichen Finanzierung, so die Staatssekretärin Ute Leidig.

---

---

---